

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M. bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühren, Einschlagungen werden von allen
Bestellern aufzusuchen angenommen.
Im ausländischen Bezugspreis
unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Schär in Halle.
Erscheinend von 12 1/2 bis 12 1/2 Uhr.
[Verleger: Redaktion Nr. 2332. - Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Lebendwöchentlichster Jahrgang.

Nr. 538.

Halle a. d. Saale, Montag, den 16. November

1903.

Die Einigung der Liberalen.

Nachdem soden mit den preussischen Wahlen die Land-
tagswahlen in den meisten deutschen Bundesstaaten ihr
Ergebnis gefunden und während ihres Verlaufes zu erkennen
gegeben haben, daß im Grunde genommen die trennenden
Kluft zwischen den einzelnen liberalen Parteien viel
weniger tiefgehend Natur ist, als die gemeinsamen großen
Ziele, drängt sich die Frage einer Einigung der Liberalen
von neuem in den Vordergrund der Erörterung. Hat die
einigen Zusammengehörigkeit der Nationalliberalen mit den
Freisinnigen in Preußen den wiederholten Wunsch aufzutauchen lassen, es
möchte diese Einmütigkeit auch ferner bestehen bleiben und
von allen zu erzielen war, herbeigeführt werden, so jetzt
noch nicht im Umfang, das es trotz des gemeinsamen Vorgehens nicht
möglich war, die reaktionären Parteien irgendwie meinens-
wert zu schwächen, daß eine größere und festere
Ausbildung der liberalen Koalition das nächste
Ziel ist, auf das mit aller Energie hingearbeitet werden
muß. Fast zur rechten Zeit hat deshalb Professor Lujo
Brentano, veranlaßt durch den am gestrigen Sonntag
in Heilbronn abgehaltenen Parteitag der Deutschen Volks-
partei, die Frage, ob eine solche Einigung möglich ist,
erneut beleuchtet, und er faßt sie unter Ertracten
an der einzig richtigen Stelle an, indem er Betrachtungen
darüber anstellt, inmieweit denn eine solche
Einigung das Preisgeben einer bisher begehnten
politischen Ueberzeugung bedeuten würde. Das
wäre nach ihm nur der Fall, wenn jemand, der dieser
Einigung beitritt, damit theoretische Vorkämpfer
abgeben müßte, die er bisher für wahr hielt. Diese Not-
wendigkeit aber hält er nicht für vorliegend: „Alle Fraktionen,
um die es sich handelt, sind gleichmäßig auf dem Boden
des liberalen Grundgedankens. Alle sind ferner
von dem Bewußtsein durchdrungen, daß eine Annäherung
an dieses Ideal nur möglich ist, wenn das deutsche Vater-
land leidet und bedrückt. Alle sind einmütig in der
Anbiederung zur Hinführung herbeizuführen, die durch
die deutsche Reichsverfassung gegeben Ordnung.“

Kann man dem Mündiger Professor auf den durch diese
Leitgedanken gegebenen Standpunkt folgen, so ist man auch in
der Lage, ihm beizustimmen, wenn er weiter als feststehend
annimmt, daß im prinzipiellen Ausgangspunkt
Einigkeit unter den liberalen Parteien herrsche und die
Verständigen erst bei der Verfolgung des gemeinsamen
Prinzips in seine Konsequenzen beginne.

Der eine sieht in der einen, der andere in einer anderen
Programmformulierung die folgerichtige Durchführung. Auch
wäre es ausrichtlos, wollte man einen zwingenden Beweis zu
führen versuchen, daß dieses oder jenes Programm die allein
richtige Ausgestaltung des liberalen Gedankens bezeichne. Nicht
als ob sich solche Beweisführung für wissenschaftlich unzulässig
hält; denn würde ich in den wissenschaftlichen Charakter der
Diskussion, denen ich selbst mein Leben gewidmet habe, ver-
leugern. Wohl aber halte ich es für unmöglich, alle
Menschen, wie sie für das praktische Handeln in Betracht
kommen, von der Nichtigkeit der Beweisführung zu
überzeugen. Der Staatsrechtler, wie er zur Erklärung
am politischen Leben beizuführen ist, ist in seiner politischen
Meinung nicht lediglich von dem Streben nach Erkenntnis der
Wahrheit bestimmt; unbewußt, und oft sogar bewußt, steht er
unter dem Einfluß von aussergewöhnlichen, von Gesinns-
und Interessenvorurteilen, und der Versuch, ihn davon abzubringen,
wäre oft hoffnungslos. Gewiss soll man durch Verbreitung der
Erkenntnis wirken, um aber nicht unter dem Einfluß
solcher Vorurteile, welche Forderung mit dem liberalen
Grundgedanken in Widerspruch steht; aber damit sie zur
Ueberzeugung werde, ist meist nötig, daß sie erlebt werde.
Daher kann es sich bei einer Einigung der verschiedenen
Fraktionen der Liberalen nicht um die Herbeiführung
einer einheitlichen Abspaltung in ein einheitliches
von dem gemeinsamen Grundgedanken abgewandten Folgerungen
handeln. Worauf es ankommt, ist, ihnen die gemeinsamen
Ziele in dem Grundgedanken wieder zum Bewußtsein
zu bringen und die Erkenntnis zu wecken, wie die Bewer-
tung der Verhältnisse im relativ unvollkommenen nur die
Folge hat, diesen Grundgedanken zu entsprechen.
Brentano versucht dann den Nachweis, daß diese Gemein-
samkeit bei den freisinnigen Parteien und der Deutschen
Volkspartei umsoher zu erkennen ist und hält es sogar
nicht für ausgeschlossen, daß selbst in den Willkür- und
Plattfragen, in denen die freisinnige Vereinigung be-
kanntlich einen wesentlich anderen Standpunkt, als die
Rechtspartei nach links zu, einnimmt, bis zu einem ziem-
lich hohen Grade eine Einigung zu erzielen sei. Auch wir
glauben, daß das bei einer guten Willen auf allen
Seiten wohl zu ermöglichen wäre, aber gerade deshalb
nimmt es uns wunder, warum Professor Brentano mit
seinem Wort die nationalliberale Partei erwähnt,
obwohl diese doch auch auf dem liberalen Grundgedanken
steht und in puncto Ansichten bei Herz und Marine
sich von denen um Warth in nichts hebt. Das wunder
uns um so mehr, als wir uns eine Einigung der Liberalen
mit der Wirkung, die man von ihr erhofft, nur denken
können, wenn die Nationalliberalen in die gleiche Einbeziehung
nehmen, denn: man mag über diese Partei und ihre
Mängelhaftigkeit denken wie man will, in ihr ist ein gut
Teil der Gesichts des Liberalismus verkörpert, und daß
sie in ihrem Kern trotz der mangelhaften Verbindungen,
deren sie im Laufe des letzten Jahrzehnts an der
liberalen Idee schuldig gemacht hat, doch noch von liberalen
Geistes beherzt und befehlt wird, das hat sich ja zuletzt noch
auf dem Hannoverischen Parteitag gezeigt, wo dieser Geist
wieder einmal elementar durchdrang und es zutage brachte,

daß bei den preussischen Landtagswahlen das Kartell mit
den Konservativen endlich über den Haufen gemorren
wurde. Warum sie also ohne weiteres beiseite
schieben, zumal doch darüber kann kein Zweifel sein,
eine politische wirksame Einigung der Liberalen ohne
die nationalliberale Partei überhaupt nicht zu erreichen ist.
Auch der Heilbronner Parteitag der Deutschen
Volkspartei hat in seiner gestrigen Verhandlung über den
engeren Zusammenhalt der bürgerlichen Linken diesen Fehler
begangen, obgleich er das Verhältnis der Nationalliberalen
zu den übrigen liberalen Parteien mehrfach kritisierte. Er nahm
nach langen Auseinandersetzungen zwar die bekannte Bruch-
saler Resolution an, in der es angeführt ist, daß die immer
mächtiger anwachsenden Reaktionen für eine zwingende
Notwendigkeit erklärt, daß die Gruppen der
bürgerlichen Linken zur energischen Bekämpfung
der rückwärtlichen Bewegung einen engeren
Zusammenhalt suchen, und in der er gleichzeitig
seine Bereitwilligkeit, an einem solchen Versuch nach Kräften
mitzuwirken, ausdrückte, aber solche Beschlüsse werden nur einen
schwachen Klammernahmen im deutschen Bürgertum finden,
wenn sie, wie es hier der Fall ist, hervorgerufen sind aus
Erörterungen, denen man nicht sicher anmerkt, daß sie sich
geistlich bemühen, diese Einigungsversuche nach der
Linken Seite hinüberzudrücken, statt ein Stück neutralen
Bodens zu suchen, auf dem sich die liberal genierten
Elemente von den Nationalliberalen bis zur Sozialdemokratie
hinüber zusammenfinden könnten. Wir halten es für
durchaus verfehlt, bei Verfolgung des Gedankens einer
liberalen Einigung, wie es in Heilbronn geschehen der Abg.
Dr. Defer tat, sich von der Möglichkeit eines Pattierens
des bürgerlichen Liberalismus mit der Sozialdemokratie
leiten zu lassen, denn zwischen Bürgertum und
Sozialdemokratie, wohlverstanden der zielbewußten,
revolutionären Sozialdemokratie, nicht den unzufriedenen
Mittläufern, gibt es seit Dresden kein Pattieren mehr, und
diejenige Partei würde sich den Boden im Bürgertum ab-
graben, die etwa versuchen wollte, denen, die nach ihrer
eigenen Erklärung voll Empfindung der Stunde harren, in
der sie die bürgerliche Gesellschaft zu Boden treten können,
die Hand zu einem Bündnis zu reichen. Die Erfahrungen,
die Dr. Warth mit seinem Bündnisvorschlag bei seinen
eigenen Parteigenossen machen mußte, sollten doch zu denken
geben. Und daß nicht die Sozialdemokratie bei den eben
hattegehabten Landtagswahlen ganz offen dort, wo es
galt, den Liberalismus zu verdrängen, die Reaktion
unterstützt, ist nicht, wie aus der parteiistischen
Erklärung im „Vorwärts“ hervorgeht, fest entschlossen,
in den vier oder fünf Wahlkreisen, in denen es von ihren
Stimmen abhängt, um den Freisinn etwa acht Mandate
erlangen werden sollen, sich ihrer Beteiligung an der Ab-
geordnetenwahl zu enthalten und so den reaktionären
Parteien diese Mandate auszuliefern? Eine
Partei, die aus nachdem Parteigegensatz also handelt,
die sich nicht dazu auffassen kann, große Gesichtspunkte bei
ihrer Entscheidung anzuschlagend sein zu lassen, ist nicht
bündnisfähig für eine Koalition, deren Hauptzweck es
ist, für eine freibereitere Ausgestaltung unserer Gesell-
gebung und Verwaltung zu sorgen.

Die Schwierigkeit auf die Sozialdemokratie müssen also von
vornherein aufgegeben, wenn der Heilbronner Beschlüsse
irgendwelche praktische Folge erhalten soll, und an ihre
Stelle müßte die Mündigkeit auf diejenigen nationalliberalen
Elemente treten, die — und es sind ihrer eine große Menge
— sich nicht zu identifizieren vermögen mit der Politik, die
die Führer der nationalliberalen Partei in den letzten Jahren
verfolgt haben. Herr Defer gab in Heilbronn selbst zu,
daß sich ein großer Teil nationalliberaler Wähler wieder
nach links geneigt hat, und will man diesen Teil nicht
zurückföhren von dem ererbten Zusammenhalt, dann muß
man ihm eben gewisse Konzessionen machen. Ohne Kon-
zessionen von allen Seiten ist eine Einigung über-
haupt ausgeschlossen, und deshalb hat der mehrfach
genannte Abgeordnete auch von vornherein das Ziel, das
die Resolution erstrebt, dadurch verfehrt, daß er erklärte,
seine Partei werde in Militär- und Marinefragen keinen
Schritt weiter nach rechts tun. Mit solchen Grundgedanken
schafft man keinen Zusammenhalt, man hindert sie höchsten,
und die feste Erklärung den ständigen Befehl der Heil-
bronner Berkämpfung fand, können ihrer gesamten Ver-
handlungen über die Frage der ferneren Verfolgung der
Einigungsfrage kaum noch irgend eine in Betracht kommen. Herr
Defer überließ und das mit Recht, der Eiferfischelei der
Führer einen großen Teil der Schuld an der Zerstückelung
der liberalen Parteien auf, aber die eifrige Verfolgung
des eigenen Parteihandpunktes, wie sie in Nichtachtung der
Ausführungen Brentanos in der Rede Defers zutage trat,
ist in noch viel höherem Maße dafür verantwortlich zu
machen, wenn der bürgerliche Liberalismus auch ferner noch
einstufig bleibt. Von diesem Gesichtspunkte aus erhebt sich
es sich auch, auf den weiteren Meinungsaustausch des Heil-
bronner Parteitages über diese Frage einzugehen. Von
allen Rednern vermochte sich kein einziger dazu aufzu-
schwingen, die Angelegenheit auch einmal von einem Niveau
aus zu behandeln, das über den engeren Parteihandpunkt sich
erhob, und damit muß leider trotz des freiesinnigen Befalls,
den die einstimmige Annahme der Resolution erzeugte, kon-
statieren werden, daß auch dieser neueste Versuch einer
Einigung der Liberalen unfruchtbar bleiben wird.
Wir aber, die wir es von jeher als eine unserer idealsten
Aufgaben betrachtet haben, in unserem begehnten Teile
zu helfen, daß dem Bürgertum wieder der Einfluß auf
unser Staats- und Volksleben zuteil werde, den es einfl-

malz besch und den es wiedererlangen muß um feiner
selbst um und des Vaterlandes willen, werden uns durch
diesen abermaligen Festschlag nicht beirren lassen, diesem
Ideal weiter nachzuführen. Wir haben zum deutlichen
Bürgertum das Vertrauen, daß es die Wege, auf denen
sein Wohl und Wehe liegt, schließlich selbst erkennen und
dann selbstlos aber alle kleinlichen Parteierzelen und
Eifersuchtseelen hinwegsetzend wird, dem Ziele zu das in
erlebensbare Nähe zu rücken unter der Aube der partei-
politischen Zersplitterung unserer Lage zurzeit leider noch
nicht gelingen will. Sch.

Deutsches Reich.

Das Befinden des Kaisers.

Daß am Sonntag vormittag über das Befinden des
Kaisers ausgegebene Bulletin lautet:
Die umbe Stelle ist beinahe zugeheilt. Seine Majestät
der Kaiser und Königin können jetzt gegen die Witterung
zu rahe getrauen. Nächstes Bulletin wird überommer
ausgegeben.

Lehrer die Krankheit des Kaisers hatte sich Prinz Biring

schon zu erziehen und den es wiedererlangen muß um feiner
selbst um und des Vaterlandes willen, werden uns durch
diesen abermaligen Festschlag nicht beirren lassen, diesem
Ideal weiter nachzuführen. Wir haben zum deutlichen
Bürgertum das Vertrauen, daß es die Wege, auf denen
sein Wohl und Wehe liegt, schließlich selbst erkennen und
dann selbstlos aber alle kleinlichen Parteierzelen und
Eifersuchtseelen hinwegsetzend wird, dem Ziele zu das in
erlebensbare Nähe zu rücken unter der Aube der partei-
politischen Zersplitterung unserer Lage zurzeit leider noch
nicht gelingen will. Sch.

Lehrer die Krankheit des Kaisers hatte sich Prinz Biring
schon zu erziehen und den es wiedererlangen muß um feiner
selbst um und des Vaterlandes willen, werden uns durch
diesen abermaligen Festschlag nicht beirren lassen, diesem
Ideal weiter nachzuführen. Wir haben zum deutlichen
Bürgertum das Vertrauen, daß es die Wege, auf denen
sein Wohl und Wehe liegt, schließlich selbst erkennen und
dann selbstlos aber alle kleinlichen Parteierzelen und
Eifersuchtseelen hinwegsetzend wird, dem Ziele zu das in
erlebensbare Nähe zu rücken unter der Aube der partei-
politischen Zersplitterung unserer Lage zurzeit leider noch
nicht gelingen will. Sch.

Das Befinden des Kaisers.

Die umbe Stelle ist beinahe zugeheilt. Seine Majestät
der Kaiser und Königin können jetzt gegen die Witterung
zu rahe getrauen. Nächstes Bulletin wird überommer
ausgegeben.

Lehrer die Krankheit des Kaisers hatte sich Prinz Biring

schon zu erziehen und den es wiedererlangen muß um feiner
selbst um und des Vaterlandes willen, werden uns durch
diesen abermaligen Festschlag nicht beirren lassen, diesem
Ideal weiter nachzuführen. Wir haben zum deutlichen
Bürgertum das Vertrauen, daß es die Wege, auf denen
sein Wohl und Wehe liegt, schließlich selbst erkennen und
dann selbstlos aber alle kleinlichen Parteierzelen und
Eifersuchtseelen hinwegsetzend wird, dem Ziele zu das in
erlebensbare Nähe zu rücken unter der Aube der partei-
politischen Zersplitterung unserer Lage zurzeit leider noch
nicht gelingen will. Sch.

Das Befinden des Kaisers.

Die umbe Stelle ist beinahe zugeheilt. Seine Majestät
der Kaiser und Königin können jetzt gegen die Witterung
zu rahe getrauen. Nächstes Bulletin wird überommer
ausgegeben.

Lehrer die Krankheit des Kaisers hatte sich Prinz Biring

schon zu erziehen und den es wiedererlangen muß um feiner
selbst um und des Vaterlandes willen, werden uns durch
diesen abermaligen Festschlag nicht beirren lassen, diesem
Ideal weiter nachzuführen. Wir haben zum deutlichen
Bürgertum das Vertrauen, daß es die Wege, auf denen
sein Wohl und Wehe liegt, schließlich selbst erkennen und
dann selbstlos aber alle kleinlichen Parteierzelen und
Eifersuchtseelen hinwegsetzend wird, dem Ziele zu das in
erlebensbare Nähe zu rücken unter der Aube der partei-
politischen Zersplitterung unserer Lage zurzeit leider noch
nicht gelingen will. Sch.



nochmals den Beschluß der sozialdemokratischen Bundeskonferenz vom 28. April 1903 in Erinnerung zu rufen: In welchem Maß ist die Reform der Wahlgesetze zu machen und weiter reichend zu sein, und weiter reichend zu sein, haben wir für ein Eintritten zu Gunsten der Sozialisten die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten zu verlangen. Wird diese Forderung abgelehnt, so haben sich unsere Wahlmänner die Stichwahlen der Stichwahl zu entscheiden.

Was man hier entscheiden will, das ist nicht leicht, das während der bevorstehenden Legislaturperiode und die Regierung wie an den Handlung überholt die erste Frage beruht nicht, ob es nicht ein Gebot der politischen Klugheit und Gerechtigkeit wäre, der nächsten politischen Partei, mag sie auch in politischer Überlegenheit noch nicht auf dem Boden unserer Staats- und Gesellschaftsverfassung stehen, Einfluß in das Abgeordnetenamt durch eine Reform der Wahlgesetze zu gewähren. Freilich ist diese Maßnahme nur in Anbetracht der dahinterliegenden Bevölkerungslagen zu wünschen, nicht in Anbetracht des revolutionären Programms der Führer, das das ungeliebte Volk nicht nur als Autokratie, nicht als Übergangsmittel betrachtet.

— Im Wahlkreise Senzweil-Gaberegen ist die Wiederwahl v. Daviers (son.) und die Neuwahl v. Krichens (son.) gesichert.

— Im Wahlkreise Bitterfeld-Deilsch beträgt die Gesamtzahl der Wahlmänner 502. Gewählt wurden 238 konstante, 26 liberale, 13 sozialdemokratische Wahlmänner, 109 für den Bund der Landwirte, 17 von unbestimmter Parteizugehörigkeit. Die Wahl der Konstanten Sernaun und Bauer dürfte gesichert sein.

Politisches.

— Die Verfassungskommission über den Termin des Zusammentritts des Reichstags ist mittelbar beantwortet. Das vorläufige Ausschußmitglied des Reichstags wird voraussichtlich nur kurz sein, selbst wenn man damit rechnet, daß in diesem Jahre die Verfassungskommission etwas später angetreten werden wird in den vorangegangenen Jahren.

— Das Oberverwaltungsgericht hat nun endgültig entschieden, daß der Gebrauch der polnischen Sprache in politischen Versammlungen nicht Anlaß zu deren polizeilicher Auflösung sein dürfe. Die Entscheidung ist in vielen anderen Fällen von Bedeutung. Es wird eine zugelegte polnische Petition betreffend, daß der Gebrauch der polnischen Sprache in politischen Versammlungen in Preußen sicher und fördert.

— Auf das Ueberhandnehmen slawischer, namentlich polnischer Landarbeiter auf dem Westküste der Nordsee und weiteren Umgebung von Danzig machte in der dortigen Arbeiterbewegung sich für sehr erhebliche Teile die Besorgnis annehmlich aufmerk. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der polnischen Arbeiter, die sich auf dem westlichen Küste der Nordsee niederlassen. Diese sind zum Teil aus den nächsten Jahren überhaupt aus der Umgebung Danzigs vertrieben worden. Ein so großes und bedeutendes Gebietsverhältnis wie die polnischen Arbeiter vornehmlich die soziale Bewegung. Die polnischen Arbeiter in Danzig sind durch ihre kulturelle Bildung, durch ihre politische und wirtschaftliche Fortschrittlichkeit die Bevölkerung zu einem deutschen Arbeiter aufzukommen und lieber am Reichsrand etwas nachzulassen, da der deutsche Arbeiter notwendig weniger ist als der ausländische. — Wenn dagegen die westliche Arbeiterbewegung dieser Tage sich dem polnischen Arbeiter angeschlossen hat, dann wird es für die deutsche Arbeiterbewegung in Danzig ein ernstes Problem zu sein, wie man die polnischen Arbeiter in Danzig zu erhalten und zu fördern, sobald man nur ihre geschlossene Anweisung verhindert, mehr in kurzer Zeit gemannifiziert.

See und Flotte.

— Zum Prospekt Wise, dem wir am Sonntag eine ausführliche Berichterstattung widmeten, wird jetzt aus Wien gemeldet: Wie das Wiener „Deutsche Volksblatt“ und Berlin berichtet, hat sich Kaiser Wilhelm II. eingehend Bericht über den Prospekt Wise erhalten lassen und den Reichsminister angewiesen, ihm Vorschläge bezuglich Abstellung der Uebelstände in den Grenzgemeinden zu unterbreiten.

Erwartung und Neugierde.

— Die zu dem ersten Entwurf des Verträgeingangsvertragtrag eingegangenen Gutachten sind zu unvollständig und es treten sich auf diese Fragen, ob es als ausgenommen betrachtet werden kann, der zu erwartende Gelegenheitsurteil werde an der Hand dieser Gutachten so schnell der von vornherein für nicht ausreichenden Revision unterzogen werden können, um dem Reichstage noch in der ersten Tagung der neuen Verträgeperiode berichten zu können.

— Der Herausgeber der „Zeitung Meinung“, Waldemar Schwartzkopf, wurde am Samstag von der Strafkommission II des Hamburger Landgerichts wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten Dr. Max Jähde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Rechtserkundung.

— Die von dem Geschworenengericht der Wechslerer Christen in Berlin in dem betreffenden Verfahren gegen den Rechtsanwalt Krawinkel in dem Verfahren zu seiner Einigung geführt. Zu einer Verurteilung der Geschworenengericht wird, an den geteilten Gutachten unbedingte festgehalten und die Einigung anzupreisen.

Kolonies.

— Nach einer neuen in Berlin eingegangenen telegraphischen Mitteilung des Reichlichen Gouverneurs in Windward ist die Familie des Kapitäns der Handelsmarine zu beschuldigen. Mit Hilfe Witibow wird dies vom Gouverneur für durchführbar gehalten. — Demnach sucht also durch Verschlingung der Handelsmarine zur Ueberzeugung zu bringen.

— Die Londoner „Morning Post“ behauptet sich wieder ausschließlich mit den Bewusstseins in Deutschland. Die erste, was die Regierung nun sollte, ist, überdies nach Wasser zu holen, was so gut als sicher zu erwarten ist. In anderen Ländern sollten vollkommen selbst heringestellt werden. Eigentum sollte bedeutend sicherer garantiert werden, und endlich sollte man von den Befürwortern von Kongressen verlangen, daß sie auf ihren Versprechungen zunächst nach Wasser geben und dann überhaupt mehr für die Entwicklung bereit sein lassen, wobei natürlich man ihnen ihre

Kongressionen einfach abbrechen müßte. Die Deutschen hätten nun einmal abzuholen Kongressionspräsident, das haben wir auf Schritt und Tritt. Den Unfug, daß der deutsche Offizier berichte, daß er alle Warenlager in Wornbad unangekündigt gefunden habe, erklärt der Reichstag das Artifizial damit, daß es den Umständen darauf ankomme, den Engländern nicht Böhse ansinnen, denn alle Konventionen in Wornbad seien in englischen Händen, mit Ausnahme eines einzigen. Also auch hier Fattentümmel in Wunde mit Engländern gegen die Deutschen!

Ausland.

40 jähriges Regierungsjubiläum des bairischen Königs.

Am Schlosse Freudenburg, das gestern aus Anlaß des 40 jährigen Regierungsjubiläum des bairischen Königs prächtig dekoriert, empfing König Ludwig III. die Gäste, fernher den englischen Gesandten Sir M. Fisher und den englischen Militärattaché Grafen Gredan, die dem König seine Ernennung zum General der englischen Armee überbrachten, sowie den Generaladjutanten des bairischen Königs, Generalleutnant v. Wolffe, der ein Schreiben des Kaisers Ludwig III. überreichte. Generalleutnant v. Wolffe sowie Graf Gredan sind zur heutigen feierlichen Anwesenheit.

Die aufgeschobene Namreise des Zarens.

„Tribrua“ veröffentlicht heute eine Uebersetzung ihres Pariser Korrespondenten mit dem russischen Vorkaiser zu Paris Fürstin N. Russow. Der Vorkaiser erklärte, seine Ernennung für Rom sei noch nicht amtlich erfolgt, aber sicher; er werde mit dem besten Gefühlszustand nach Italien kommen. Den abberufenen Vorkaiser Alexander III. werde freierzeitige Verantwortung wegen des Aufstubs der Kräfte des Kaiser Nikolaus nach Italien; Weidow habe sich infolge des Aufstubs der Kräfte in Rom nicht mehr wohl fühlen können. Fürst Russow erklärte bezüglich der Beschickung des Reiches des Kaiser Nikolaus weiter, der Kaiser habe nicht aus Furcht vor einem Anschlag gekühdert, sondern weil er irgendwelche feindliche Kräfte fürchtete, die nicht aufgehoben werden konnten, die ihn habe begleitet haben, einer solchen nicht ausbleiben wollte. Die Betragung der Kräfte haben in einer Weise die Beziehungen zwischen Italien und Russland ändern können, während irgend ein Zwischenschritt entgegen den Wünschen des Kaiser und aller Nationen großes Mißfallen erregt hätte. Das Mißverhältnis, welche die Kräfte sind, die in der Zukunft nicht aufgehoben werden können, die Reich des Kaiser Nikolaus zu bringen, jedoch andere Umstände entstehen; der Reich liegt in den Wünschen des Kaiser und aller Angehörigen. Er werde mit allen Kräfte für den Abschluß eines russisch-italienischen Handelsvertrages eintritten.

Die englische Handelspolitik.

Auf einem gestern abend in Bristol stattgefundenen Banquet, an welchem Valfour und Hilds Beach als Gäste teilnahmen, wiederholte Valfour seinen Standpunkt dahin, daß ein Wechsel in der Handelspolitik in der Welt nötig sei, daß England Freiheit mit einer Vertragsergänzungen und das Recht haben müßte, in gewissen Fällen, wo es notwendig sei, sich wieder vergewaltigungsmäßig zu verhalten. Der Vorkaiser erklärte ferner, daß alle englischen Waren feiner Art nicht mehr früher als in 2 oder 3 Jahren haltbar werden würden. — Hilds Beach hatte, obwohl er Friedensliebhaber sei, doch die Ansicht, daß die Politik des Vorkaisers in der Industrie Englands schwer schädigen, während die andere Ansicht die ausländischen Industriellen in den Stand setze, hohe Preise in eigenen Land zu erhalten und ihre überflüssigen Vorräte unter dem Selbstkostenpreise nach England zu schicken.

Die Engländer in Sidarabien.

Die militärischen Operationen gegen den Kutebis-Stamm bei Aden sind mit bestmöglichem Erfolge für die Engländer zu Ende geführt. Die britischen Truppen haben den Feind schwer geschlagen und sind darauf auf ihren Posten zurückgekehrt.

Die bulgarische Thronrede.

Die bulgarische Thronrede wurde gestern in Sofia durch den Fürsten Ferdinand eröffnet. Die Thronrede erklärt auf Begrüßung, das gewisse Ereignisse dieses Jahres den Fürsten sehr schmerzhaft hätten, vor Ablauf der Monate der letzten Thronrede das Volk über die Welt zu bringen.

Die Ruhe und Ordnung, die bei den Wahlen herrschte, hätten den Fortschritt gezeigt, den das Volk in politischer Richtung gemacht habe, und den freien Einrichtungen des Landes höchste Bedeutung verliehen. Den Repräsentanten lege man ob, durch ernste Arbeit dauernde Ordnung in die Verwaltung zu bringen und der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Bulgariens einen festen Anstoß zu geben. Die Thronrede weist dann darauf hin, daß die bulgarische Bevölkerung sich so mehr als die Regierung zu außerordentlichen Aufgabungen genötigt hätte, die aber unmöglich nicht gewesen seien, um die Armut auf den Land zu setzen, den sie als Wähler über die Unvergleichlichkeit und die Unabhängigkeit des Reiches haben müßte. Der Fürst ermahnte von dem Reichstag, die Rechte der Nationen, die mit erster Priorität den Land zu prüfen würden, welche die Aufgaben der Regierung wohl zu wahren wissen werden. Die Regierung werde alle ihre Bemühungen darauf richten, die bestehenden guten Beziehungen zu erhalten und weiter zu entwickeln mit der großen Freiheit in Russland und den anderen europäischen Staaten. Trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit, die die Regierung geblieben ist, knüpfte die Thronrede doch eine Anzahl Gebetswünsche an, deren erhebliche Folge wäre die Errichtung landwirtschaftlicher Ministerien, über Änderungen in der Organisation der Armee und über die Weissen sind.

Der Fürst wurde auf dem ganzen Wege vom Polak bis zum Parlamentesgebäude und in der Thronrede selbst bezeugt. Die bulgarische Regierung hat in der Thronrede der fremden Mächte amtlich mitgeteilt, daß sie die Kandidatur der Handelsverträge, die von dem früheren Kabinett ausgeprochen war, zurückziehe.

Eine Anzahl junger bulgarischer Offiziere macedonischer Herkunft hatte die Absicht gehabt, einen heul durch Serbien zu führen, eine bulgarische Expedition nach Serbien zu führen. Der Kriegsmittel verfiel demgemäß Serbien, von einer 140 Offizieren vom Hauptmann abwärts. Gegen die Provinz des Fürsten hat sich diese sogenannte Verschwörung durch nichts geltend gemacht.

Verwundung in Macedonien.

Der Führer der revolutionären Streitkräfte Makedonens, Maris Sarafow ist am Samstag wie ein Triumphator von seinen kriegsmännlichen Leistungen nach Belgrad zurückgekehrt. Kampfe von Belgrad, die von Bulgarien durch die Bulgarische Armee mit der Nationalarmee, Damen und Herren von diplomatischen Rats drängten sich vor, um den Befehlshaber der Verwundeten Kommando zu übernehmen. Im einem großzügigen Auftrag wurde, wie der „Westfälische“ meldet, Sarafow und seine Leute in die Stadt geführt. Er er-

hält: „Die gestrichelte Landesbewässerung wurde von uns in die Hände gegeben, nachdem wir die Wasser abgenommen. Die bisher wurde sie von den Behörden nicht verpflegt. Die Mägen wurden verpflegt uns auf unserm ungeschützten bulgarische Grenze bei Stitenbil. Eine halbe Stunde bevor die türkischen Streitkräfte den Korban zur Erläuterung der Grenze die Mägen, sind von sechs Mann, mit denen ich am 4. Februar in Macedonien einbrang, acht Mann zurückgelassen, alle anderen sind geflohen.“

Bei dem letzten Schritt, den die Vorkaiser der Entente Mächte bei der Forderung unternehmen, wurde darauf hingewiesen, daß einige andere Großmächte für weitestgehende Reformen, räumen eingetretten waren und daher die Annahme der geteilten Forderungen im Interesse der Forderung läge. Die ausländischen haben im Vorkaiser fichtlichen Eindruck gemacht. Der vornehmsten abgetragene außerordentliche Minister hat jedoch seinen endgültigen Beschluß gefaßt. Es verlautet, daß der Vorkaiser und der Minister des Innern mit dem Entwurf der Anträge vorzeitig beantragt worden sind und daß der Minister ihn heute beraten soll.

Die türkischen Blätter veröffentlichen eine offizielle Mitteilung, nach welcher laut amtlichen Erhebungen im Bistat Mächte im Kreis Karabala 1822 und im Kreis Karabala 1824 384 Häuser niedergebrannt sind, welche jetzt mit einem Rest an den Ruinen von 515,436 Häusern vorliegt, die auch nicht mehr wohnbar sind. Die Verwundungen sind werden verteilt. In den letzten Kreisen dauern die Erhebungen über die gleichen Verwundungen noch fort.

Die Revolution in Santo Domingo.

Der aufstehende General Jimenez ist von der Bevölkerung mit Freuden aufgenommen worden. Der besetzte General Poch-Oll befindet sich noch im deutschen Konulat.

Ein kolombischer Feldzug gegen die Republik Panama.

Kolumbien will nun doch zur Rettung seiner Ehre einen Feldzug gegen die unabhängigen Bewohner des Isthmus unternehmen. Der „New York Herald“ aus Bogota vom 10. d. M. meldet, daß Kolumbien als kolombischer Feldzug gegen die Republik Panama als einer großen Armee nach der Küste abgegangen. Der selbstverordnete Präsident Jorge Gollan erklärte mit dem hohen Rath des Isthmus und aller kolombischer Regierung würde ihren letzten Kampf um die Freiheit führen und ihren letzten Kampf aufwiegen, um den Isthmus in Panama zu bekommen. Bogota ist in Verlegenheitszustand, die Gesundheitskräfte der Vereinigten Staaten das eine Schwäche erhalten. Man glaubt in New York, die Regierung rechne auf die Sympathie der anderen lateinischen Republiken.

Einer weiteren „Neuer“-Mitteilung zufolge beendete ein Telegramm aus Bogota in Ecuador, Marquina, der Präsident von Kolumbien, habe ein Sympathietelegramm von General Plaza, dem Präsidenten von Ecuador, mit der Mitteilung beantwortet, eine große Unterstützungsarmee werde General Reyes, den „Friedenskommissionär“ nach Panama bringen. In Panama hält man die Demonstration des Generals Reyes für einen politischen Schachzug, da Reyes für die Präsidentenwahl kandidiert. Man nimmt darum seine Demonstration nicht sehr ernst.

Das amerikanische Staatsdepartement des Vorkaisers hat eine Mitteilung davon erhalten, daß eine kolombische Armee unter dem Kommando Reyes an dem Maraje nach Panama ziehen würde und ihren letzten Kampf aufwiegen, um den Isthmus in Panama zu bekommen. In der Zwischenzeit ist es zu den Ueben und wurde, wenn nötig, die neutrale Zone bis zu der Grenze der Republik Panama ausbedienen.

Die forensische Frage.

Da die Vereinigten Staaten danach streben, daß Wijn für den Handel geöffnet werde, während England und Japan für Jougannum eintreten, steht der amerikanische Gesandte in Tokio im Begriff, sich in einem amerikanischen Staatsrat nach Tokio zu begeben, um in jenem Sinne zu wirken.

Niederlande.

— Mitternachts des Abends wurde bei dem Erscheinen der Polizeitruppen auf Lombok der von dem ermordeten Sultans der Eingeborenen angeleitet. Die Nacht ist damit wiederhergestellt.

Frankreich.

Die Vereinigung der Bundesstaaten-Fabrikanten von Rouin und Auberville nahmen in einer Versammlung eine Entscheidung an, in der die vollständige Unterdrückung jedes Verkaufs von Bundesstaaten ausländischer Herkunft festgestellt wird.

Italien.

Der König und die Königin von Italien haben gestern die Reise nach England angetreten; der Minister des Innern Tittoni begleitet sie.

Provinzialnachrichten.

* Wetzlar, 15. Nov. (Prozesse Jagdrecht.) Gestern morgen 10 1/2 Uhr traf der Kronprinz in Begleitung des Fürstlichen Vorkaisers, des Abtinenten Moroz, v. Dypen und zweier Beamten der Verwaltung v. Wurm und Wilmshof, im geschmückten Automobil hier ein. Wie ergeben sich sofort nach dem Aussteigen des Kronprinzen, dem Vorkaiser, dem Abtinenten Moroz, v. Dypen und zwei Beamten der Verwaltung v. Wurm und Wilmshof, im zweiten Treiben reitlich vom Gnadener Weg 169 fallen, zusammen alle 397 Soldaten. Die Gesamtlänge betrug, wie die „Magdeburger“ schreiben, 16 1/2 Meilen. Am 15. d. M. fand im Verweilen ein Wahltag. Mit dem nachfolgenden Tage um 8 1/2 Uhr traf der Kronprinz nach Potsdam zurück.

* Torgau, 15. Nov. (Anmeldung von Erbschaften.) Das Amtsgericht macht bekannt: Am 13. d. M. ist ein Söldner, sein Wirtshaus, der frühere Richter Moriz Hofmann, welcher wegen seiner Unentwaffneten war, verstorben und hat ein Vermögen von 20,000 M. hinterlassen. Da Erben derselben nicht ermittelt worden sind, wird zur Anmeldung etwaiger Erbschaften in der Provinz von drei Monaten bis zum nachfolgenden 1. d. M. Frist gesetzt.

* Wetzlar, 15. Nov. (Erbverweigerung.) 15. Nov. (Schweizer.) Der Bürgermeister Er. Herberichs verweigerte darauf sehr schwer, daß ein Vermögen der Wirtshaus nicht zu sehr wertvoll sei.

* Wetzlar, 15. Nov. (Ernannt) wurde der Regierungsschreiber Graf v. Wurth in Wetzlar zum Landrat des Kreises Wetzlar.

* Wetzlar, 15. Nov. (Wahlkreis) — Wahlkreis) Gehehrn wollten die Provinzialparlamentarier von Wetzlar die Regierung und Sultans Wahlmänner aus Wetzlar hier und haben den Wahlkreis in einigen Klassen der Wahlmänner — folgenden Wahlberechtigter beging ein Verbrechen der 2. Abteilung, der sich erschloß und mit großer Begeisterung für die liberale Sache erklärt hatte und dieser über Wahlmänner aufgestellt war. Als die anwesenden 8 Wähler über Stimme abgegeben und hier für die liberale Partei nicht sehr votiert hatten, wählte er als Wahlberechtigter nicht sich.

